



## DAS ZITAT

»Der Osten müsste in manchen Bereichen mal die Nase vorn haben.«

Matthias Platzeck (SPD), früherer Brandenburger Ministerpräsident

## NAMEN + NACHRICHTEN

## Paris räumt Migrantenlager

PARIS. Die Pariser Polizei hat zwei riesige Migranten-Zeltlager nördlich der Hauptstadt geräumt. Rund 1 600 Menschen haben die Einsatzkräfte aus ihren Zelten geholt, wie Innenminister Christophe Castaner erklärte. Die Räumung kommt einen Tag, nachdem die französische Regierung ihren Ton in der Migrationspolitik verschärft und eine Reihe von Maßnahmen gegen den Missbrauch des Asylrechts angekündigt hat. (dpa)

## Lange Haft für Milizenführer



Bosco Ntaganda, hat stets seine Unschuld beteuert. »Ich bin ein Revolutionär, kein Verbrecher«, hatte der Rebellenführer in seinem Schlusswort gesagt.

DEN HAAG. Das Weltstraßengericht in Den Haag hat den ehemaligen kongolesischen Milizenführer Bosco Ntaganda als Kriegsverbrecher zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Gericht sieht es als erwiesen an, dass Ntaganda in den Jahren 2002 und 2003 im Kongo Massaker an Zivilisten verübt hat. Außerdem sei er für die sexuelle Versklavung von Kindern verantwortlich gewesen. Die Rebellen kämpften um die Vorherrschaft in dem rohstoffreichen Gebiet. (dpa)

## Altmaier will Staatsreform



Peter Altmaier (CDU) sieht Handlungsbedarf für eine umfassende Politik- und Staatsreform. Der Minister ist noch von einem Sturz gezeichnet.

FOTOS: DPA

BERLIN. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hat sich als Reaktion auch auf Wahlschlägen von Union und SPD für eine umfassende Politik- und Staatsreform in Deutschland ausgesprochen. Der CDU-Politiker schlägt vor, den Bundestag zu verkleinern und Bürger mehr und besser an politischen Prozessen zu beteiligen. Altmaier sagte gestern in Berlin, die Erosion des »traditionellen politischen Spektrums« sei weit fortgeschritten, wie die Landtagswahl in Thüringen gezeigt habe. (dpa)

## PRESSESPiegel

## »Von Anfang an keine Lust«

Es gibt Regierungen, die haben zur Halbzeit schon schlechtere Bilanzen vorgelegt. Aber das aktuelle Bündnis von Union und SPD hatte von Anfang an keine rechte Lust. Und beherzt man, dass solche Megabündnisse besser die Ausnahme bleiben, so hatten sie ja Recht: Volksparteien sollen nicht untereinander die Macht aufteilen, sie sollen gegeneinander Politik machen. Derzeit ist offen, ob die GroKo die Parteitage von CDU und SPD übersteht. Klar erscheint hingegen, dass die nächste Regierung wahrscheinlich von einem Viererbündnis geführt wird.

RHEIN-NEACKAR-ZEITUNG, Heidelberg

Redaktion Politik/Nachrichten  
Tel. 0 71 21/302-0 Fax 0 71 21/302-677  
-311 Davor Cvrjje (cvr) -318 Emanuel Schürer (eks)  
-312 Karin Kiefhaber (geu) -329 Brigitte Gisel (sel)  
-313 Jürgen Rahmig (jr) E-Mail: politik@gea.de

## Niedrigere Mehrwertsteuer für E-Paper

BERLIN. Für elektronische Zeitungen und Zeitschriften, sogenannte E-Paper, soll die Mehrwertsteuer in Deutschland von 19 Prozent auf 7 Prozent sinken. Das geht aus dem Jahressteuergesetz hervor, das der Bundestag verabschiedet hat. Die ebenfalls nötige Zustimmung des Bundesrats steht noch aus.

Der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger begrüßte die damit nun hergestellte steuerliche Gleichbehandlung elektronischer und gedruckter Presseprodukte. VDZ-Präsident Rudolf Thiemann hob hervor: »Mit dieser Entscheidung stärkt der Bundestag unsere freie und vielfältige Presselandschaft.« (dpa)

## Müntefering fordert Denkmal für Gastarbeiter

BERLIN. Zur Würdigung der Menschen, die vor Jahrzehnten als damals so bezeichnete Gastarbeiter nach Deutschland kamen, hat die Staatsministerin für Internationale Kulturpolitik, Michelle Müntefering, ein Denkmal gefordert. Die SPD-Politikerin hob die Leistungen dieser Arbeitsmigranten für das Wirt-

schaftswachstum und den steigenden Wohlstand in Deutschland hervor. Ohne Menschen, die etwa aus Griechenland, Italien, Spanien und der Türkei kamen, »ohne sie wäre das nicht möglich gewesen«, sagte Müntefering in Essen während des Kongresses »KulturInvest« laut Redemanuskript.

»Zu unserer Demokratiegeschichte gehört auch die der ehemaligen Gastarbeiter«, sagte Müntefering. Von Mitte der 1950er-Jahre bis zum Anwerbestopp 1973 kamen Millionen Menschen nach Deutschland. Ein Großteil der Familien lebt inzwischen in der dritten und vierten Generation hier. (dpa)



Durchgefallen: Der Kandidat der Alternative für Deutschland (AfD) für den Posten des Vizepräsidenten bekam keine Mehrheit. FOTO: DPA

**Bundestag** – Auch Paul Viktor Podolay von den Rechtspopulisten erreicht die erforderliche Stimmzahl nicht. Was die Reutlinger Abgeordneten zur Abstimmung sagen

# AfD scheitert erneut bei Wahl eines Vizepräsidenten

VON OLIVER JIROSCH

BERLIN. Die AfD ist im Bundestag erneut mit dem Versuch gescheitert, den Posten eines Vizepräsidenten zu besetzen. Ihr Abgeordneter Paul Viktor Podolay erhielt nicht die nötige Zahl der Stimmen. Ende September war er bereits im ersten Wahlgang durchgefallen. Im zweiten Wahlgang bekam der 73-Jährige jetzt statt der erforderlichen 355 nur 189 Ja-Stimmen. 430 Abgeordnete stimmten mit Nein, 19 enthielten sich.

Vor Podolay hatten sich für die AfD schon drei andere Kandidaten – Albrecht Glaser, Mariana Harder-Kühnel und Gerold Otten – erfolglos um den Vizepräsidentenposten beworben. Sie alle waren jeweils dreimal bei den Abstimmungen durchgefallen. Eigentlich steht jeder Fraktion ein Vizepräsidentenposten zu, sie muss für ihren Kandidaten allerdings eine Mehrheit bekommen. Aus Sicht der AfD ist die Nicht-Wahl ihrer Kandidaten ein undemokratischer Akt der Ausgrenzung durch die anderen Parteien.

Ganz anders sehen das die beiden Reutlinger Bundestagsabgeordneten Beate Müller-Gemmeke (Grüne) und Jessica Tatti (Linke). »Die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages sieht vor, dass jede Fraktion einen Vizepräsidenten stellen kann. Die Kandidaten werden aber von den Abgeordneten gewählt. Und Wahl heißt: wir können zustimmen oder ablehnen. Das ist gelebte Demokratie«, so Müller-Gemmeke auf GEA-Nachfrage.



Jessica Tatti und Beate Müller-Gemmeke.

Die Abgeordneten der AfD stellten hingegen Parlamentsverachtung und Rassistis offen zur Schau. Auch Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages seien Repräsentanten unseres Staates. Sie müssten in der Lage sein, den Bundestag zu repräsentieren. Und dazu brauche es Anstand, Respekt und Würde. »Das fehlt der AfD. Deshalb wähle ich sie nicht«, sagte die Grünen-Politikerin dem GEA.

Auch Tatti verweigerte der AfD ihre Stimme: »Ich habe auch diesmal dagegen gestimmt. Die AfD nutzt diese Prozedur immer wieder aufs Neue, um sich in ihrer Opferrolle in Szene zu setzen. Zwar hat jede Bundestagsfraktion grundsätzlich einen Anspruch, durch einen Vizepräsidenten im Präsidium vertreten zu sein, doch dies setzt die demokratische Wahl durch die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages voraus. Ich werde keinem Kandidaten dieser hetzerischen Fraktion zu diesem bedeutenden Amt verhelfen«, erklärte die Links-Politikerin dem GEA. Nicht dazu äußern, wie sie gewählt

haben, wollten sich hingegen die Reutlinger Abgeordneten Pascal Kober (FDP) und Michael Donth (CDU) und argumentierten ebenfalls mit Regeln der Demokratie. »Ich respektiere das Wahlgeheimnis, weil es eine wichtige Funktion für die Demokratie hat. Es verhindert, dass Wahlentscheidungen von außen beeinflusst werden können«, sagte Kober dem GEA und ergänzte: »Wenn Einzelne ihre Wahlentscheidung preisgeben, setzt das andere unter Druck, ihre Wahlentscheidung auch zu veröffentlichen. Es schadet der Demokratie, wenn das Schulle macht. Nicht umsonst hat die Bundestagsvizepräsidentin vor der Abstimmung daran erinnert, dass das Fotografieren und Ver-



Pascal Kober und Michael Donth.

öffentlichen von Wahlzetteln mit der »Würde des Hauses« nicht vereinbar sei und Konsequenzen nach sich ziehe.«

Auch CDU-Politiker Donth verwies auf den geheimen Charakter der Wahl und wollte sich zu seinem Abstimmungsverhalten nicht äußern. (GEA/dpa)

## Ausschuss – Reaktion auf »Judaslohn«-Äußerung

## AfD-Politiker vor Abberufung

BERLIN. Der Rechtsausschuss des Bundestags will seinen umstrittenen Vorsitzenden Stephan Brandner (AfD) nach dessen »Judaslohn«-Äußerung in der kommenden Woche abwählen. Dies hätten die Obleute aller Fraktionen mit Ausnahme der AfD beschlossen, teilte der rechtspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Johannes Fechner, mit. »Herr Brandner hat weder menschlich noch politisch die notwendige Eignung für den Vorsitz im Rechtsausschuss«, erklärte er.

Zuvor hatte der Geschäftsordnungsausschuss entschieden, dass die geltenden Regeln eine Abberufung ermöglichen. »Die SPD-Fraktion bedauert zutiefst, dass sich der Geschäftsordnungsausschuss nach 70 Jahren parlamentarischer Geschichte heute erstmals mit dieser Frage befassen musste«, sagte der SPD-Abgeordnete Matthias Bartke. Brandners Verhalten mache dies jedoch unumgänglich.



Stephan Brandner (AfD) soll wegen umstrittener Äußerungen als Vorsitzender des Rechtsausschusses abgesetzt werden.

FOTO: DPA

Der AfD-Politiker aus Thüringen hatte bereits mit seinen Reaktionen auf den Terroranschlag in Halle mit zwei Toten und vielen Verletzten für Empörung gesorgt. Schon damals gingen die Politiker der anderen Parteien im Ausschuss auf Distanz zu ihm.

Die nächste Empörungswelle trat der AfD-Politiker los, als er die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an den AfD-kritischen Rocksänger Udo Lindenberg als einen »Judaslohn« verunglimpfte. Die anderen Fraktionen im Rechtsausschuss werteten diese Äußerung als antisemitisch und forderten ihn zum Rücktritt auf, was Brandner aber ablehnte. Er nannte die Vorwürfe, dieser Begriff wecke antisemitische Assoziationen und seine Verwendung verstoße gegen die Würde des Bundestags, »an den Haaren herbeigezogen« und »absurd«. Sie sollten nur ihn, die AfD und ihre Fraktion diskreditieren.

Dagegen sagte der SPD-Abgeordnete Fechner: »Diese andauernden Provokationen und Grenzüberschreitungen sind mit der Würde des Amtes des Rechtsausschussvorsitzenden nicht vereinbar. Die Reutlinger Grünen-Abgeordnete Beate Müller-Gemmeke sagte: »Seine ständigen Grenzüberschreitungen und Entgleisungen machen sehr deutlich: Dieser Mann ist für ein hohes Amt in unserer Demokratie völlig ungeeignet.« (dpa/GEA)

## Parlament – CDU-Politiker kollabiert während Rede am Pult und wird ins Krankenhaus gebracht

## Notfall im Bundestag

BERLIN. Ein Abgeordneter der CDU im Bundestag hat wegen gesundheitlicher Probleme seine Rede abbrechen müssen. Die Sitzung des Bundestags wurde deswegen für eine gute Stunde unterbrochen. Der nordrhein-westfälische CDU-Abgeordnete Matthias Hauer wurde ins Krankenhaus gebracht. Eine Fraktionssprecherin sagte, er sei in einer Klinik und bedanke sich bei seinen Helfern.

Hauer kam am gegen Ende seiner Rede plötzlich ins Stocken und rang nach Worten. Mitarbeiter und Abgeordnete eilten zu Hilfe und forderten ihn auf, sich hinzulegen. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) unterbrach die Sitzung. Beobachter auf der Besuchertribüne und Abgeordnete verließen den Saal. Nach

Angaben eines dpa-Fotografen wurde ein Tuch als Sichtschutz hochgehalten. Schließlich wurde der 41-jährige Politiker mit einer Trage aus dem Plenarsaal gebracht.

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) sagte, Hauer sei voll stabilisiert, ansprechbar und bei den Ärzten in guten Händen. Gleichzeitig appellierte Kubicki an die Öffentlichkeit, keine Bilder oder Videos von dem Notfall in sozialen Medien zu verbreiten. »Im Netz kursieren bereits Posts mit teilweise erbärmlichen Kommentaren.« Er bitte die Menschen aus Respekt vor der Würde des Abgeordneten, davon Abstand zu nehmen, den Zusammenbruch zu posten. »So viel Anstand sollte noch vorherrschen.« (dpa)



Gesundheits-Apps, Kassenmodell

KARIKATUR: TOMICEK